

RESOLUTION DER PERSONALVERSAMMLUNGEN

IM BEREICH DES STAATLICHEN SCHULAMTS NÜRTINGEN

AM 21.06.2022 und 22.06.2022

FÜR LEHRKRÄFTE UND SCHULLEITUNGEN GHWRGS

GRUND-, HAUPT-, WERKREAL-, REAL-, GEMEINSCHAFTSSCHULEN SOWIE SONDERPÄDAGOGISCHEN BILDUNGS- UND BERATUNGSZENTREN

ARBEITSBELASTUNG UND ARBEITS-UND GESUNDHEITSSCHUTZ (AGS)

Wir wollen weiterhin gesund gute Arbeit leisten!

Das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport trägt die Verantwortung dafür, dass die Beschäftigten auf die aktuellen Herausforderungen rechtzeitig und angemessen vorbereitet werden. Außerdem obliegt ihm die Fürsorge für seine Bediensteten.

In den letzten Jahren hat sich besonders im Rahmen der Pandemie gezeigt, wie schlecht es um den Arbeits- und Gesundheitsschutz der Lehrkräfte bestellt ist: Stetig steigende Arbeitsbelastung, Aufgabenflut und immer kurzfristige Anweisungen unzureichend vorbereiteter Arbeitsfelder. In der Pandemie wurden Masken, Impfungen und Konzepte wie Wechselunterricht nicht etwa vom Dienstherren im Rahmen der Fürsorgepflicht bereitgestellt und umgesetzt, sondern mussten erst durch Gewerkschaften und Verbände erkämpft werden. Dass nun auch noch eine Erhöhung der Arbeitszeit für Teilzeitlehrkräfte ins Gespräch gebracht wird, ist ein Schlag ins Gesicht all derer, die die letzten Jahre ihre persönliche Gesundheit im Rahmen dienstlicher Aufgaben aufs Spiel gesetzt und teilweise überstrapaziert haben.

Die Personalversammlung fordert die uneingeschränkte Umsetzung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes. Dazu gehören insbesondere:

- Eine angemessene Altersermäßigung
- Jetzt einen Corona-Notfallplan für Herbst/Winter
- Eine flächendeckende Umsetzung von Hygienekonzepten an allen Schulen und entsprechende sachliche und personelle Ausstattung durch die Schulträger

LEHRKRÄFTE UND PÄDAGOGISCHES PERSONAL

In der Coronazeit ist die Systemrelevanz der Bildungs- und Betreuungseinrichtungen noch deutlicher geworden. Oft mussten die Kolleg*innen innerhalb kürzester Zeit verschiedenste Möglichkeiten entwickeln, erproben und umsetzen, um ihren Unterricht den ständig wechselnden Anforderungen (Wechsel-, Fern- und Präsenzunterricht) anzupassen. Sie mussten sich in kürzester Zeit medizinisch weiterbilden (Begleitung von Coronatests in den Klassen), mit unzähligen digitalen Tools vertraut machen (Videokonferenzen, digitale Elternabende/Gespräche), an ihren psychologischen Kompetenzen feilen (Wiedereinstieg in den Unterricht nach Schulschließungen, Umgang mit anders- und querdenkenden Mitmenschen) und dabei die Schüler*innen unter Pandemiebedingungen auf Prüfungen und Schulwechsel vorbereiten.

Die Personalversammlung fordert:

- **Ein sinnvolles und transparentes Arbeitszeitmodell mit angemessener Entlohnung**
Das überholte Deputatsmodell wird den Anforderungen des Lehrerberufs nicht gerecht. Arbeit von Lehrkräften kann zuverlässig erfasst werden und muss neu bewertet und berechnet werden. Gleichwertige Arbeit muss gleich entlohnt werden.
- **Zeit für unser Kerngeschäft „Unterricht“ – Unterstützung durch multiprofessionelle Teams und entsprechende Ressourcenausstattung**
Den veränderten Anforderungen an Schulen kann nur mit den entsprechenden Ressourcen begegnet werden (z.B. ausreichend Lehrkräfte, Schulsozialarbeiter*innen, Schulpsycholog*innen, pädagogisches Betreuungspersonal, Verwaltungsfachkräfte, IT-Fachkräfte). Es ist unbedingt erforderlich, langfristige Mittel im Haushalt bereitzustellen, anstatt viele Millionen in kurz- bis mittelfristige Programme (Digitalpakt, Lernen mit Rückenwind etc.) zu investieren.
- **Dauerhafte Erhöhung der VKL-Stunden und Einsatz von qualifiziertem Personal**
Diese Stunden müssen tatsächlich stattfinden und dürfen nicht für die Kompensation von Lehrkräftemangel in den Regelklassen oder für kurzfristige Vertretungen genutzt werden.
- **Die Wertschätzung von Politik und Gesellschaft, die wir nicht nur in Krisenzeiten verdient hätten.**

TARIFBESCHÄFTIGTE LEHRKRÄFTE

Die Personalversammlung fordert:

- **Eine Baden-Württemberg-Zulage für tarifbeschäftigte Lehrkräfte**
- **Die Anerkennung von förderlichen Zeiten bei der Stufenzuordnung**
- **Qualifizierungsangebote für Nichterfüller*innen**
- **Die Bezahlung während der Sommerferien**
- **Beschäftigungsperspektiven für befristet Beschäftigte – mehr Entfristungen nach Bewährung**
- **Arbeitnehmergerechte Bruttowerte für Zulagen**

FACHLEHRKRÄFTE/ TECHNISCHE LEHRKRÄFTE

Die Personalversammlung fordert:

- **Berufliche Perspektiven für alle FL/TL**
Die Zahl der Plätze im Aufstiegslehrgang muss erhöht werden und allen FL/TL offenstehen. Fachlehrkräfte und technische Lehrkräfte sollen sich in Zukunft unter Anrechnung der FL/TL-Ausbildung mit angemessenem Deputatsausgleich zur wissenschaftlichen Lehrkraft weiterbilden können.
- **Die Erhöhung der Eingangsbesoldung**
- **Das Deputat der wissenschaftlichen Lehrkräfte der jeweiligen Schulart auch für die FL/TL**

SCHULLEITUNGEN

Schulleitungen sollen Schulen stärker gestalten und pädagogisch führen können.

70 **Die Personalversammlung fordert:**

- **Unterstützung bei Verwaltungsaufgaben für alle Schulen**

Für die gestiegene administrative und bürokratische Arbeit brauchen Schulleitungen Unterstützung, beispielsweise durch eine Schulverwaltungsassistenz. Alle Grundschulen brauchen endlich verlässliche Schulsekretariatszeiten und Verwaltungsfachpersonal.

75 • **Mehr Anrechnung für immer mehr Arbeitsaufwand, administrative Tätigkeiten und neue Aufgabenfelder**

BERATUNGSLEHRKRÄFTE

Die Personalversammlung fordert:

- **Neubewertung der Anrechnung**

80 Grundlage für die Deputatsanrechnung darf nicht nur die Schülerzahl sein, sondern auch die Anzahl der Schulen, die von der Beratungslehrkraft betreut werden.

LEHRKRÄFTE IM BEREICH SBBZ UND INKLUSION

Die Personalversammlung fordert:

- **Sonderschullehrkräfte-Mangel ernsthaft bekämpfen**
- **Klare Rahmenbedingungen für die Umsetzung der Inklusion**
- **Vertrauen in die Expertise der Sonderpädagog*innen**

85 Bei der Feststellung von sonderpädagogischen Bildungsansprüchen muss die Einschätzung der beauftragten Sonderschullehrer*innen wieder mehr Berücksichtigung finden.

LEHRKRÄFTE AN REALSCHULEN

90 Die Realschulen befinden sich in einem grundlegenden Umbau, v.a. im Hinblick ihrer Erweiterung um Unterricht auf G-Niveau und den Hauptschulabschluss.

Die Personalversammlung fordert:

- **Den Herausforderungen der Heterogenität insbesondere in der Orientierungsstufe mit angemessenen Ressourcen zu begegnen**
- **durchdachte Fortbildungskonzepte, um den neuen Herausforderungen gerecht zu werden**

95

LEHRKRÄFTE AN GEMEINSCHAFTSSCHULEN

Die Personalversammlung fordert:

- 100 • **Bessere Ausstattung für den gebundenen Ganzttag**
Damit eine pädagogisch wertvolle Rhythmisierung umgesetzt werden kann, müssen die Lehrerwochenstunden für den gebundenen Ganzttag mit dem gleichen Faktor berechnet werden. Es müssen zusätzliche Vertretungsreserven zur Verfügung stehen, um das Betreuungsangebot sicher stellen zu können.
- 105 • **Das Lerncoaching beim Deputat berücksichtigen**
(Umsetzung des Koalitionsvertrags) und insbesondere die Gemeinschaftsschule mit ihrer individuellen Förderung dabei zu berücksichtigen.
- **Angemessene Ressourcen für die Differenzierung des Unterrichts auf E-Niveau insbesondere für den Übergang in die Sekundarstufe II**
- 110 • **Ein parteiübergreifendes Bekenntnis zur Gemeinschaftsschule**
- **Die kontinuierliche Unterstützung bei der Schulentwicklung**

LEHRKRÄFTE AN GRUNDSCHULEN

Die Personalversammlung fordert:

- 115 • **Mehr Anerkennung – A13 auch für Grundschullehrkräfte**
Die Arbeit an Grundschulen ist nicht gleich, aber gleichwertig mit der Arbeit an anderen Schularten und muss angemessen bezahlt werden.
- **Mehr Zeit um den zunehmenden Herausforderungen der Heterogenität gerecht zu werden.**
- **Die Grundschulen brauchen endlich Poolstunden zur Differenzierung und Förderung.**
- 120 • **Die Erhöhung der Anrechnungsstunden für die Kooperation Kindertageseinrichtung / Grundschule**
Die Berechnung muss auf Grundlage der Anzahl der zu betreuenden Kindergartengruppen und -kinder erfolgen.

LEHRKRÄFTE AN HAUPT-/ WERKREALSCHULE

125 Die Lehrkräfte an den wenigen verbliebenen Haupt- und Werkrealschulen dürfen nicht vergessen werden.

Die Personalversammlung fordert:

- **Keine Begrenzung der Durchgänge und bessere Bedingungen für den horizontalen Laufbahnwechsel**